

NIEDERSCHRIFT

Gremium: Gemeinde Karlsfeld
Hauptausschuss Nr. 11

Sitzung am: Dienstag, 11. November 2014

Sitzungsraum: Rathaus, Großer Sitzungssaal

Sitzungsbeginn: 18:15 Uhr

Sitzungsende: 19:15 Uhr

Status: Öffentliche Sitzung

Tagesordnung

2. Genehmigung der Niederschrift der Hauptausschusssitzung vom 14.10.2014
3. Nachtragshaushaltssatzung 2014 - Empfehlung an den Gemeinderat
4. Antrag vom Bündnis für Karlsfeld, Frau Hofner; Antrag auf Einführung einer Bürgersprechstunde vor Beginn öffentlicher Gemeinderatssitzungen
5. Bekanntgaben und Anfragen

Hauptausschuss
11. November 2014
Nr. 063/2014
Status: Öffentlich

Niederschriftauszug

**Genehmigung der Niederschrift der Hauptausschusssitzung vom
14.10.2014**

Beschluss:

Die Niederschrift der Hauptausschusssitzung vom 14.10.2014 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	13
Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0

Hauptausschuss
11. November 2014
Nr. 064/2014
Status: Öffentlich

Niederschriftauszug

Nachtragshaushaltssatzung 2014 - Empfehlung an den Gemeinderat

Sachverhalt:

Im Verwaltungshaushalt sind die Steuereinnahmen im Jahr 2014 deutlich höher als veranschlagt, im Vermögenshaushalt wurden einige Veränderungen wegen nicht erfolgter Maßnahmen erforderlich.

Diese Punkte sind nunmehr im Nachtragshaushalt 2014 berücksichtigt

Weiterhin wurden Änderungen im Stellenplan 2014 notwendig.

Da der Stellenplan Bestandteil des Haushaltsplans ist, bedarf die Änderung des Stellenplans zur Schaffung neuer oder zur Anhebung vorhandener Stellen den Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung.

Finanzielle Auswirkungen:

Anstatt der bisher vorgesehenen Kreditaufnahme in Höhe von 2,9 Mio. € ist nunmehr keine Kreditaufnahme im Jahr 2014 vorgesehen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Gemeinderat den Erlass folgender Nachtragshaushaltssatzung:

Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Karlsfeld (Landkreis Dachau) für das Haushaltsjahr 2014

Aufgrund des Art. 68 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 63 ff. der Gemeindeordnung erlässt die Gemeinde Karlsfeld folgende Nachtragshaushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Nachtragshaushaltsplan wird hiermit festgesetzt; dadurch werden

	erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschließlich der Nachträge	
			gegenüber bisher	auf nunmehr verändert
a) im Verwaltungshaushalt die Einnahmen und Ausgaben	2.200.000 €		30.230.000 €	32.430.000 €
b) im Vermögenshaushalt die Einnahmen und Ausgaben		2.600.000 €	6.800.000 €	4.200.000 €

§ 2

- (1) Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahme für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird von 2.900.000 EUR um 2.900.000 EUR vermindert. Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen sind nicht mehr vorgesehen.
- (2) Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen der Gemeindewerke Karlsfeld wird auf 1.700.000 € festgesetzt (unverändert).
- (3) Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nach dem Vermögensplan der Volkshochschule Karlsfeld sind nicht vorgesehen (unverändert).

§ 3

- (1) Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt wird auf 605.000 € festgesetzt (unverändert).
- (2) Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan der Gemeindewerke Karlsfeld und der Volkshochschule Karlsfeld werden nicht festgesetzt (unverändert).

§ 4

- (1) Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 5.000.000 € festgesetzt (unverändert).
- (2) Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan der Gemeindewerke Karlsfeld wird auf 550.000 €, für die Volkshochschule Karlsfeld auf 30.000 € festgesetzt (unverändert).

§ 5

Der Stellenplan wird in der Fassung der Anlage neu festgesetzt.

§ 6

Diese Nachtragshaushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2014 in Kraft.

Karlsfeld,

Gemeinde Karlsfeld

Kolbe
1. Bürgermeister

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	13
Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0

Hauptausschuss
11. November 2014
Nr. 65/2014
Status: Öffentlich

Niederschriftauszug

Antrag vom Bündnis für Karlsfeld, Frau Hofner; Antrag auf Einführung einer Bürgersprechstunde vor Beginn öffentlicher Gemeinderatssitzungen

Sachverhalt:

Mit dem Antrag vom 25.09.2014 beantragt das Bündnis für Karlsfeld, Frau Hofner, vor Beginn jeder öffentlichen Gemeinderatssitzung eine sogenannte Bürgerfragestunde einzurichten.

Begründung des Antrags:

Derzeit hat jeder Bürger laut Geschäftsordnung die Möglichkeit, nach Ende des öffentlichen Teils einer Gemeinderatssitzung, das Wort zu ergreifen und kurze Fragen oder Anliegen dem Rat vorzutragen.

Möchte er aber seine Meinung bzw. Anregungen und Informationen zu Tagesordnungspunkten der abgehaltenen und dann kurz vor seiner Wortmeldung beendeten Sitzung kundtun, hat der Bürger keine Gelegenheit mehr, dass sein Wissen oder seine Anregungen in die Diskussion bzw. Beschlussfassung des Gemeinderates zu dem von ihm angesprochenen Tagesordnungspunkt einfließen kann.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt den Antrag auf Einführung einer Bürgersprechstunde vor Beginn öffentlicher Gemeinderatssitzungen.

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	13
Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	7